

Stand: 19.04.2026 22:34:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10958

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - eine echte Krankenhausmilliarde für die bayerischen Krankenhäuser (Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10958 vom 10.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11379 des HA vom 26.03.2026



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – eine echte Krankenhaus-
milliarde für die bayerischen Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 13 10 (Allgemeine Finanzausweisungen usw.) wird der Ansatz im Tit. 891 71 (Zuschüsse und Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser gemäß Art. 11 BayKrG) für das Jahr 2026 von 460.000,0 Tsd. Euro um 90.000,0 Tsd. Euro auf 550.000,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 13 10 (Allgemeine Finanzausweisungen usw.) wird der Ansatz im Tit. 891 71 (Zuschüsse und Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser gemäß Art. 11 BayKrG) für das Jahr 2027 von 460.000,0 Tsd. Euro um 35.000,0 Tsd. Euro auf 495.000,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 13 10 (Allgemeine Finanzausweisungen usw.) wird der Ansatz im Tit. 891 72 (Zuschüsse und Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser gemäß Art. 12 und Art. 17 BayKrG) für das Jahr 2026 von 340.000,0 Tsd. Euro um 10.000,0 Tsd. Euro auf 350.000,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 13 10 (Allgemeine Finanzausweisungen usw.) wird der Ansatz im Tit. 891 72 (Zuschüsse und Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser gemäß Art. 12 und Art. 17 BayKrG) für das Jahr 2027 von 340.000,0 Tsd. Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 345.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

In ihrem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2023 hat die Staatsregierung angekündigt, die Investitionskostenförderung für Krankenhäuser in den nächsten fünf Jahren auf eine Mrd. Euro zu erhöhen. Dieses Ziel wird mit dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 aber weiterhin nicht erreicht: In den TG 71 und 72 werden wie bereits im Vorjahr insgesamt 800 Mio. Euro vom Freistaat zur Verfügung gestellt. Zusätzlich verteilt die Staatsregierung im Jahr 2026 100 Mio. Euro sowie im Jahr 2027 160 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes an die Krankenhäuser.

Die Investitionskosten der bayerischen Krankenhäuser liegen aber darüber: Nach der Berechnung der Investitionsbewertungsrelationen vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) lagen die mittleren Investitionskosten je Fall im Jahr 2024 bei 379,49 Euro. Dem Landesamt für Statistik und Datenvereinbarung zufolge wurden im Jahr 2024 in Bayern rund 2,78 Mio. Fälle stationär in Krankenhäusern behandelt. Daraus erfolgt ein jährlicher Investitionsbedarf von aktuell über einer Mrd. Euro (1,056 Mio. Euro).

Die Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung empfiehlt in ihrer 13. Stellungnahme sogar eine Investitionsquote von 7 bis 9 Prozent der Krankenhauskosten. In Bayern betragen die Landesinvestitionen im Jahr 2024 aber nur 4 Prozent.

Die Krankenhäuser in Bayern müssen demnach in größerem Ausmaß in den Erhalt und Ausbau ihrer Infrastruktur investieren, als sie Fördermittel im Rahmen der staatlichen Investitionsförderung erhalten. Laut der 16. Umfrage „Bayerischer Krankenhaustrend 2025“ der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) befürchten für das Jahr 2024 rund 85 Prozent der Kliniken ein Defizit. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) betont immer wieder, dass den Kliniken in Deutschland in erster Linie deshalb Milliarden fehlen, weil die Bundesländer ihrer Pflicht zur Krankenhausfinanzierung nicht nachkommen: „Ausbleibende Investitionskostenfinanzierung ist ein wesentlicher Grund für den kalten Strukturwandel mit seinen zahlreichen wirtschaftlich bedingten Klinikschließungen“, so der Vorstandsvorsitzende der DKG im Februar 2023. Die Zweckentfremdung von DRG-Mitteln zur Finanzierung von Investitionen führt zudem zu einem enormen Kostendruck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zu einer Mengenausweitung bei stationären Leistungen.

TG 71 und 72 sollen daher so erhöht werden, dass die bayerischen Krankenhäuser aus Landesmitteln und Sondervermögen des Bundes zusammen sowohl im Jahr 2026 als auch im Jahr 2027 eine Investitionskostenförderung in Höhe von einer Mrd. Euro erhalten.

Durch die Aufstockung der Mittel würden nach bisheriger Rechtslage auch die Kosten für die Kommunen steigen. Denn Art. 10b des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (BayFAG) (Krankenhausumlage) sieht vor, dass die Landkreise und kreisfreien Gemeinden insgesamt die Hälfte der Kosten der Krankenhausinvestitionskostenförderung zu tragen haben. Viele Kommunen haben jedoch ohnehin mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen und versuchen als Krankenhausträger verzweifelt, ihre Häuser zu erhalten bzw. zu modernisieren. Hier müssen die Kommunen entlastet werden. Die Kostenbeteiligung der Kommunen sollte daher eingefroren werden, der Freistaat die aufzustockenden Mittel allein tragen. Art. 10b des BayFAG ist dahingehend anzupassen, dass eine Kostenaufteilung zwischen Freistaat und Kommunen in einem Verhältnis von etwa zwei Dritteln zu einem Drittel festgeschrieben wird.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Berichterstatter: **Patrick Grossmann**

Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 13 01, Kap. 13 02, Kap. 13 03 und Kap. 13 06 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt,

- die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen und
- den Ansatz bei Kap. 13 02 Tit. 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss) entsprechend anzupassen.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellenpool Behördenverlagerungen - Heimatstrategie
(Kap. 13 02 Tit. 422 06)
Drs. 19/10939
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellenhebungen nach Art. 6i auf das Jahr 2026 vorziehen
(Kap. 13 02 Tit. 461 01)
Drs. 19/10940

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sogenannte Fraktionsreserve streichen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/10941
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/10942
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage
(Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 19/10943
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Staatliche Aufgaben in den Landratsämtern finanzieren
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 19/10944
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 19/10945
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: RZWas-Härtefallförderung für die Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Kommunen aufstocken und dem Bedarf anpassen
(Kap. 13 10 Tit. 883 04)
Drs. 19/10946
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen und einsparen
(Kap. 13 10 Tit. 883 08)
Drs. 19/10947

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 19/10948
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schwimmbadförderung weiter aufstocken
(Kap. 13 24 Tit. 331 74 u. 883 74)
Drs. 19/10949
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (FSW) streichen
(Kap. 13 24 Tit. 883 76)
Drs. 19/10950
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Klimabusse
(Kap. 13 26 TG 74 - 75 neuer Tit.)
Drs. 19/10951
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sanierung von Polizeidienststellen
(Kap. 13 26 Tit. 331 53 neuer Tit.)
Drs. 19/10952
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Eisenbahninfrastruktur
(Kap. 13 26 TG 74 - 75 neuer Tit.)
Drs. 19/10953
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 19/10954
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfractionen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/10955

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Nettokreditaufnahme
(Kap. 13 06 TG 51 - 53)
Drs. 19/10956
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verzicht auf Tilgung
(Kap. 13 06 TG 54 - 55)
Drs. 19/10957
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur - eine echte Krankenhausmilliarde für die bayerischen Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)
Drs. 19/10958
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Fraktionsreserve - Verstärkung von Investitionsmaßnahmen
(Kap. 13 02 Tit. 893 06)
Drs. 19/10959
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Minderausgaben aufgrund haushaltsgesetzlicher Einsparungsmaßnahmen in sämtlichen Einzelplänen
(Kap. 13 02 Tit. 972 01)
Drs. 19/10960
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schuldentilgung
(Kap. 13 06 Tit. 325 55)
Drs. 19/10961
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte - Tarifergebnis jetzt vollständig und ohne Verzögerung übertragen
(Kap. 13 02 Tit. 461 01)
Drs. 19/11217

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 95. Sitzung am 26. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungZustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 4 zu 11/12/15/17-H 1120-17/17

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2026/2027

zum

Entwurf des Einzelplans 13

Allgemeine Finanzverwaltung

13 01 Steuern

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben				
	Landessteuern				
058 02-0 821	Zerlegungsanteil Sportwettensteuer, soweit nicht unter 058 04 vereinnahmt <i>Umbuchungen zugunsten 058 04 sind auch nach Abschluss des Haushaltsjahres zulässig, soweit es sich um Zerlegungsanteile von Sportwettensteuer nach § 16 RennwLottG, die von Veranstaltern einer Sportwette mit Wohnsitz, gewöhnlichem Aufenthalt, Ort der Geschäftsleitung oder Sitz im Ausland für inländische Pferderennen abgeführt wird, handelt.</i>	A 55.000,0 B	55.000,0	A 56.000,0 B	56.000,0
058 04-8 821	Zerlegungsanteil Sportwettensteuer nach § 16 RennwLottG, die von Veranstaltern einer Sportwette mit Wohnsitz, gewöhnlichem Aufenthalt, Ort der Geschäftsleitung oder Sitz im Ausland für inländische Pferderennen abgeführt wird <i>Vgl. Vermerk bei 058 02 und 686 01.</i>	A --- B	---	A --- B	---
	Zwischensumme Landessteuern	A 5.960.400,0 B -	5.960.400,0	A 6.136.800,0 B -	6.136.800,0
	Summe Steuern	A 60.386.300,0 B -	60.386.300,0	A 62.529.900,0 B -	62.529.900,0
	Gesamteinnahmen	A 61.952.524,4 B -	61.952.524,4	A 64.100.424,9 B -	64.100.424,9
	Abschluss				
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	A 60.403.895,4 B -	60.403.895,4	A 62.551.795,9 B -	62.551.795,9
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.548.629,0 B -	1.548.629,0	A 1.548.629,0 B -	1.548.629,0
	Gesamteinnahmen	A 61.952.524,4 B -	61.952.524,4	A 64.100.424,9 B -	64.100.424,9
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 26.162,0 B -	26.162,0	A 24.691,0 B -	24.691,0
	Gesamtausgaben	A 26.162,0 B -	26.162,0	A 24.691,0 B -	24.691,0
	Überschuss	A 61.926.362,4 B	61.926.362,4	A 64.075.733,9 B	64.075.733,9

Erläuterungen

Zu 13 01/058 02 und 058 04

Der Haushaltsvermerk ist zur zutreffenden Verbuchung der Zerlegungsanteile von Sportwettensteuer nach § 16 RennwLottG, die von Veranstaltern einer Sportwette mit Wohnsitz, gewöhnlichem Aufenthalt, Ort der Geschäftsleitung oder Sitz im Ausland für inländische Pferderennen abgeführt wird, notwendig.

13 02 Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
546 49-3 861	Vermischte Verwaltungsausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss <i>Vermerk unverändert.</i>	A 134,9 B -3,3	131,6	A 123,9 B -5,7	118,2
	Gesamtausgaben	A 157.290,7 B -3,3	157.287,4	A 187.661,9 B -5,7	187.656,2
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A 11.439,8 B -	11.439,8	A 11.439,8 B -	11.439,8
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 3.492,4 B -	3.492,4	A 3.492,4 B -	3.492,4
	Gesamteinnahmen	A 14.932,2 B -	14.932,2	A 14.932,2 B -	14.932,2
	Personalausgaben	A 610.456,9 B -	610.456,9	A 739.056,9 B -	739.056,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 7.028,1 B -3,3	7.024,8	A 6.994,3 B -5,7	6.988,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 4.286,0 B -	4.286,0	A 4.291,0 B -	4.291,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 110.000,0 B -	110.000,0	A 0,0 B -	-
	Besondere Finanzierungsausgaben	A -574.480,3 B -	-574.480,3	A -562.680,3 B -	-562.680,3
	Gesamtausgaben	A 157.290,7 B -3,3	157.287,4	A 187.661,9 B -5,7	187.656,2
	Zuschuss	A 142.358,5	142.355,2	A 172.729,7	172.724,0
	Überschuss	B 3,3		B 5,7	

Erläuterungen

Zu 13 02/546 49

Anpassung zum Ausgleich der Schlusssumme.

13 03 Besondere Bewilligungen für den Gesamthaushalt

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	71 - 74 Zuweisungen und Zuschüsse zur Milderung außergewöhnlicher Notstände durch Elementarereignisse				
	<i>Gegenseitig deckungsfähig: 681 71, 681 72, 681 73 und 683 73.</i>				
	<i>Gegenseitig deckungsfähig: 633 74 und 883 74. Titel der TG sind übertragbar.</i>				
	<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01.</i>				
<u>633 74-3</u> 291	Ausgaben für nach dem Europäischen Solidaritätsfonds förderfähige Mehraufwendungen, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe 2024 angefallen sind	A B +19.272,2	19.272,2	A B	---
<u>883 74-0</u> 291	Investitionen für nach dem Europäischen Solidaritätsfonds förderfähige Mehraufwendungen, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe 2024 angefallen sind	A B +19.272,2	19.272,2	A B	---
	Summe der Titelgruppe	A 1.888,9 B +38.544,4	40.433,3	A 1.888,9 B -	1.888,9
	Gesamtausgaben	A 111.085,9 B +38.544,4	149.630,3	A 109.555,9 B -	109.555,9

Erläuterungen

Zu 13 03/633 74 und 883 74

Der Freistaat Bayern hat im Haushaltsjahr 2025 zur Milderung der Folgen der Hochwasserkatastrophe Ende Mai/Anfang Juni 2024 Mittel aus dem Europäischen Solidaritätsfonds erhalten, die im Haushaltsjahr 2025 bei 271 01 vereinnahmt wurden.

Die hier veranschlagten Mittel werden für die von der Europäischen Union vorgegebenen förderfähigen Maßnahmen (Bereitstellung von Notunterkünften und Einsatzkosten der Hilfsdienste, Schutzmaßnahmen, öffentliche Infrastruktur sowie Säuberung/Wiederherstellung betroffener Gebiete), die bisher keinen konkreten Einzelprojekten/Maßnahmen zugeordnet werden konnten, verwendet. Die Mittel können sowohl zur Refinanzierung als auch Finanzierung von hochwasserbedingten Mehraufwendungen eingesetzt werden. Die Mittel werden entsprechend den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates vom 11. November 2002 zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) verwendet. Insgesamt darf die Summe der vereinnahmten EUSF-Mittel in Höhe von 95.071,7 Tsd. € nicht überschritten werden.

13 03 Besondere Bewilligungen für den Gesamthaushalt

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A 10,0 B -	10,0	A 10,0 B -	10,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 6.720,0 B -	6.720,0	A 6.420,0 B -	6.420,0
	Gesamteinnahmen	A 6.730,0 B -	6.730,0	A 6.430,0 B -	6.430,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 2.292,0 B -	2.292,0	A 2.302,0 B -	2.302,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 10.233,9 B +19.272,2	29.506,1	A 9.093,9 B -	9.093,9
	Baumaßnahmen	A 2.000,0 B -	2.000,0	A 2.000,0 B -	2.000,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 10,0 B -	10,0	A 10,0 B -	10,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 96.550,0 B +19.272,2	115.822,2	A 96.150,0 B -	96.150,0
	Gesamtausgaben	A 111.085,9 B +38.544,4	149.630,3	A 109.555,9 B -	109.555,9
	Zuschuss	A 104.355,9 B 38.544,4	142.900,3	A 103.125,9	103.125,9

13 06 Kapital und Schulden

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen					
162 04-0 861	Zinsen aus Rückforderungen aus Maßnahmen nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz <i>Vgl. Vermerk bei 575 04.</i>	A B	---	A B	---
162 50-3 861	Zinsen aus Rückforderungen aus Maßnahmen nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz	A B	---	A B	---
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen					
359 01-6 851	Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage (80 01/919 01) <i>Vermerk unverändert.</i>	A 2.621.620,0 B +37.580,0	2.659.200,0	A 2.312.230,0 B -3.990,0	2.308.240,0
Gesamteinnahmen		A 3.090.368,6 B +37.580,0	3.127.948,6	A 2.447.456,5 B -3.990,0	2.443.466,5
Ausgaben					
Ausgaben für den Schuldendienst					
575 04-1 861	Zinsausgaben für Rückforderungen aus Maßnahmen nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz an den Bund <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinahme bei 162 04.</i>	A B	---	A B	---
Gesamtausgaben		A 738.991,6 B -	738.991,6	A 933.719,6 B -	933.719,6

Erläuterungen

Zu 13 06/162 50

Veranschlagung bei 162 04.

Zu 13 06/359 01

Die Rücklagenentnahme 2026 stellt sich wie folgt dar:

	RegE 2026	+/-	Neuer Betrag 2026
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Rücklagenentnahme zum Haushaltsabgleich	2.621.620,0	+37.580,0	2.659.200,0

Die Rücklagenentnahme 2027 stellt sich wie folgt dar:

	RegE 2027	+/-	Neuer Betrag 2027
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Rücklagenentnahme zum Haushaltsabgleich	2.312.230,0	-3.990,0	2.308.240,0

Zu 13 06/575 04

Anpassung des Haushaltsvermerks aufgrund Umsetzung des gekoppelten Einnahmetitels.

13 06 Kapital und Schulden

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A 208.292,8 B -	208.292,8	A 185.205,9 B -	185.205,9
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 2.882.075,8 B +37.580,0	2.919.655,8	A 2.262.250,6 B -3.990,0	2.258.260,6
	Gesamteinnahmen	A 3.090.368,6 B +37.580,0	3.127.948,6	A 2.447.456,5 B -3.990,0	2.443.466,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 285,1 B -	285,1	A 285,1 B -	285,1
	Ausgaben für den Schuldendienst	A 671.830,7 B -	671.830,7	A 861.793,9 B -	861.793,9
	Sonstige Sachinvestitionen	A 220,0 B -	220,0	A 20,0 B -	20,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 66.600,0 B -	66.600,0	A 71.600,0 B -	71.600,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 55,8 B -	55,8	A 20,6 B -	20,6
	Gesamtausgaben	A 738.991,6 B -	738.991,6	A 933.719,6 B -	933.719,6
	Zuschuss			B 3.990,0	
	Überschuss	A 2.351.377,0 B 37.580,0	2.388.957,0	A 1.513.736,9	1.509.746,9

Epl. 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel FKZ	A Bisheriger Betrag 2026		Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027		Neuer Betrag 2027 Tsd. €
	B Wegfall (-)	Hinzu (+) Tsd. €		B Wegfall (-)	Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4	5	6
Abschluss Epl. 13						
Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	A	60.403.895,4	60.403.895,4	A	62.551.795,9	62.551.795,9
	B	-		B	-	
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	794.387,3	794.387,3	A	783.915,9	783.915,9
	B	-		B	-	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	1.724.197,8	1.724.197,8	A	1.723.998,8	1.723.998,8
	B	-		B	-	
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	8.315.051,7	8.352.631,7	A	4.748.832,5	4.744.842,5
	B	+37.580,0		B	-3.990,0	
Gesamteinnahmen	A	71.237.532,2	71.275.112,2	A	69.808.543,1	69.804.553,1
	B	+37.580,0		B	-3.990,0	
Personalausgaben	A	700.850,8	700.850,8	A	830.039,5	830.039,5
	B	-		B	-	
Sächliche Verwaltungsausgaben	A	33.165,1	33.161,8	A	32.628,3	32.622,6
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	B	-3,3		B	-5,7	
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>		12.400,0			12.500,0	
Ausgaben für den Schuldendienst	A	671.830,7	671.830,7	A	861.793,9	861.793,9
	B	-		B	-	
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	9.829.954,3	9.849.226,5	A	10.344.657,9	10.344.657,9
	B	+19.272,2		B	-	
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>		12.000,0				
Baumaßnahmen	A	484.200,0	484.200,0	A	501.600,0	501.600,0
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	B	-		B	-	
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>		90.750,0			90.400,0	
Sonstige Sachinvestitionen	A	376.802,0	376.802,0	A	225.030,0	225.030,0
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	B	-		B	-	
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>		185.000,0				
Investitionsförderungsmaßnahmen	A	7.734.277,1	7.753.549,3	A	4.858.449,1	4.858.449,1
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	B	+19.272,2		B	-	
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>		2.513.960,0			1.138.950,0	
Besondere Finanzierungsausgaben	A	-448.424,5	-448.424,5	A	-546.159,7	-546.159,7
	B	-		B	-	
Gesamtausgaben	A	19.382.655,5	19.421.196,6	A	17.108.039,0	17.108.033,3
	B	+38.541,1		B	-5,7	
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>		2.814.110,0				
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>		1.241.850,0				
Zuschuss	B	961,1		B	3.984,3	
Überschuss	A	51.854.876,7	51.853.915,6	A	52.700.504,1	52.696.519,8